

Juni 2024

# Länderbericht

Auslandsbüro Spanien und Auslandsbüro Portugal



## Europawahlen in Spanien und Portugal

---

**Die spanische Volkspartei setzt Positivtrend fort und gewinnt mit größtem Vorsprung zur PSOE seit 1999 / Die portugiesischen Sozialisten und die Demokratische Allianz stagnieren – Portugiesische Rechtspopulisten und Liberale stellen erstmals Europaabgeordnete**

*Dr. Ludger Gruber, Martin Friedek*

In Spanien gewann die PP gegen die PSOE so deutlich wie seit 1999 nicht mehr, mit 4% und ca. 700.000 Stimmen Vorsprung. Damit verdoppelt Alberto Núñez Feijóo (PP) seine relative Führung vor Pedro Sánchez (PSOE) im Vergleich zu den Nationalwahlen vom 23. Juli 2023, wo er nur mit ca. 350.000 Stimmen vorne lag. Die PP gewann die Europawahlen im direkten Vergleich in allen spanischen Provinzen gegen die PSOE, außer im Baskenland, Navarra, Katalonien und auf den Kanaren. Die PSOE absorbiert dank ihres Linksrutsches einen Teil der Wähler der Regionalisten sowie der linksextremen Parteien Podemos und Sumar. Dementgegen verlor in Portugal die Aliança Democrática (PSD und CDS-PP), die seit April auf nationaler Ebene eine Minderheitsregierung des Premierministers Luís Montenegro stellt, sehr knapp gegen die Sozialisten von Pedro Nuno Santos. Obwohl er leicht zulegen konnte, gelang es Montenegro folglich nicht, in nur wenigen Wochen seit seinem Amtsantritt merklich zuzulegen. Trotz 300.000 zusätzlicher Stimmen stagnierten PSD und CDS-PP bei sieben Mandaten. Aber auch die Sozialisten verlieren ein Mandat und landen bei acht Sitzen. Damit verloren auch sie in der Wählergunst. Der Stimmentransfer geht zu den neuen Parteien. Es wachsen lediglich die rechtspopulistische Chega und die Liberale Initiative, die beide erstmals ins Europäische Parlament einziehen und jeweils zwei Mandate holen.

Die Wahlbeteiligung betrug am 9. Juni 2024 in Spanien 49,21%. Sie war damit 11,52% niedriger als 2019, denn damals fanden zeitgleich Kommunalwahlen statt. Verglichen mit 2014 war sie dieses Mal jedoch knapp 4,5% höher. Die PP gewann gegen die PSOE so deutlich wie seit 1999 nicht mehr, mit 4% und ca. 700.000 Stimmen Vorsprung. Damit verdoppelt Alberto Núñez Feijóo (PP) seine relative Führung vor Pedro Sánchez (PSOE) im Vergleich zu den Nationalwahlen vom 23. Juli 2023, wo er nur mit ca. 350.000 Stimmen vorne lag. Die PP gewann die Europawahlen im direkten Vergleich in allen spanischen Provinzen gegen die PSOE, außer im Baskenland, Navarra, Katalonien und auf den Kanaren. Die PSOE absorbiert dank ihres Linksrutsches einen Teil der Wähler der Regionalisten sowie der linksextremen Parteien Podemos und Sumar. Der Bruch zwischen Sumar und Podemos führt jedoch bei beiden zu schwachen Ergebnissen. Die nationalkonservative Vox kann ihr prozentuales Ergebnis verdoppeln, bleibt jedoch mit sechs Sitzen hinter den Prognosen zurück. Das liegt an der neuen rechtspopulistischen Protestbewegung „Die Feier hat ein Ende (Se Acabó la Fiesta; SALF)“ von Alvisé Pérez, die durch die sich immer weiter ausweitenden Korruptionsermittlungen in Pedro Sánchez' politischem und persönlichen Umfeld noch zusätzlich motiviert wurden. Pérez gelang es allein durch Aktivitäten in den sozialen Medien, 800.000 Stimmen und 3 Mandate zu gewinnen, was zu Lasten der - im Vergleich zu SALF moderateren - Vox ging. Puigdemonts separatistische, ethnisch-nationalistische Junts bricht ein und kann nur eines von ursprünglich drei Mandaten halten, was seine Position gegenüber der nationalen Minderheitsregierung schwächt.

Partei	Veränderung			Europawahl 2024			Europawahl 2019		
	Mandate	Prozent	Stimmen	Mandate	Prozent	Stimmen	Mandate	Prozent	Stimmen
Partido Popular	+9	+14,05	+1.443.869	22	34,20	5.963.074	13	20,15	4.519.205
Partido Socialista	-1	-2,68	-2.108.496	20	30,18	5.261.293	21	32,86	7.369.789
Vox	+2	+3,41	+284.570	6	9,62	1.678.218	4	6,21	1.393.684
Ahora Repúblicas	+/-0	-0,68	-395.639	3	4,91	856.500	3	5,58	1.252.139
Sumar	+3	+4,65	+811.545	3	4,65	811.545	-	-	-
Se Acabó la Fiesta	+3	+4,59	+800.763	3	4,59	800.763	-	-	-
Podemos (Podemos-IU)	-4	-6,79	-1.686.955	2	3,28	571.902	6	10,07	2.258.857
Junts per Catalunya	-2	-2,00	-575.160	1	2,54	443.275	3	4,54	1.018.435
Coalic. Eur. Solidaria	+/-0	-1,21	-352.026	1	1,61	281.064	1	2,82	633.090
Ciudadanos	-8	-11,49	-2.610.799	0	0,69	121.026	8	12,18	2.731.825
Beteiligung	+2	-11,51	-5.065.599	61	49,21	17.554.385	59	60,72	22.619.984

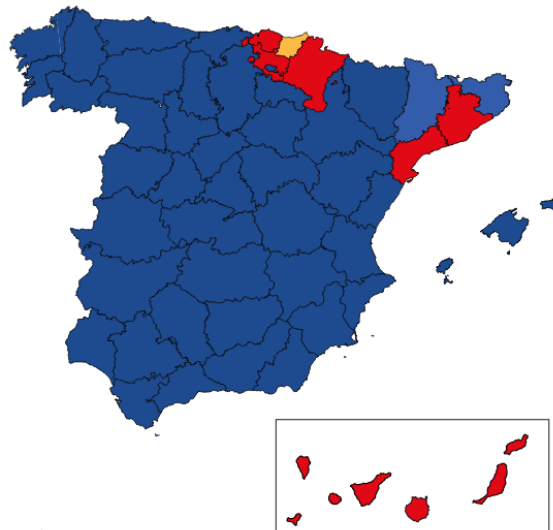
Im spanischen Europawahlkampf standen also nationale Themen im Mittelpunkt. Die PP mobilisierte gegen das Amnestiegesetz für die katalanischen Separatisten und legte den Fokus auf die gerichtlichen Korruptionsermittlungen gegen Begoña Gómez, der Ehefrau des spanischen Premiers Pedro Sánchez. Sánchez mobilisierte seine Wähler ebenfalls mit den gleichen Themen, indem er seine Ehefrau als unschuldiges Opfer einer Richter- und Medienverschwörung darstellte.

## Spanische Volkspartei gewinnt erneut relative Mehrheit

Die spanische Volkspartei PP verbesserte ihr Ergebnis unter Führung des Parteivorsitzenden Alberto Núñez Feijóo und der katalanischen Spitzenkandidatin Dolors Montserrat gegenüber den letzten Europawahlen aus dem Jahr 2019 deutlich und legt um fast 1,5 Mio. Stimmen zu. Stürzte die PP damals auf nur noch 13 Abgeordnete ab, gewann sie dieses Mal mit 22 Mandatsträgern erneut die direkte Auseinandersetzung mit Pedro Sánchez und der PSOE, die mit 20 Sitzen auf Platz zwei verwiesen wurde. Damit lag die PP wie schon bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Mai 2023 und den nationalen Parlamentswahlen im Juli 2023 erneut vor der PSOE. Allerdings hat die PP ihren Vorsprung deutlich ausgebaut. Lag sie im Juli 2023 nur etwa 350.000 Stimmen vor Sánchez, sind es mittlerweile rund 700.000 Stimmen. In 42 von 52 Provinzen gewann die PP die relative Stimmenmehrheit (siehe Karte). Viele Wähler der Mitte mobilisierten sich gegen das Amnestiegesetz, ein Teil des Zuwachses geht auch auf die erfolgreiche Absorption eines Teils des Personals und der Wähler der liberalen Zentrumsparterie Ciudadanos zurück, die mit nur noch 0,69% nun endgültig in der

Bedeutungslosigkeit versinkt (exakte Zahlen zur Wählerwanderung lagen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Kurzberichts nicht vor), nachdem ihr dieses Schicksal bereits bei den Regionalwahlen in Katalonien am 12. Mai wiederfuhr.

©wikimedia.org; Danielmoreno4774; CC BY4



Die PP (hier dunkelblau eingefärbt) gewann die Europawahlen im direkten Vergleich in allen spanischen Provinzen gegen die PSOE, außer im Baskenland, Navarra, Katalonien und auf den Kanaren.

## Ministerpräsident Sánchez (PSOE) verliert 2 Millionen Stimmen

Ministerpräsident Pedro Sánchez (PSOE), der mithilfe der linksextremen Wahlplattform Sumar eine fragile Minderheitsregierung auf nationaler Ebene führt, die von vielen regionalistischen und separatistischen Kleinparteien im Parlament abhängt, verlor lediglich ein Mandat. Obwohl in der Mitte zweifelsfrei Wähler zur PP abwanderten, und ihn weniger Ciudadanos-Wähler gewählt haben dürften als die PP, gelang ihm dies in erster Linie durch einen harten Linkskurs und der Konstruktion seiner berühmten „Mauer“ gegen die Volkspartei und gegen Vox (und nun erst recht gegen „Se Acabó la Fiesta“; siehe unten), mithilfe derer er einen Teil der Wähler der linksextremen Parteien Sumar und Podemos mobilisieren und absorbieren konnte. Zudem brachte ihm die Verabschiedung des Amnestiegesetzes, das er kurz vor den Nationalwahlen 2023 selbst noch als verfassungswidrig bezeichnete und gegen das seit Monaten landesweite Proteste stattfinden, Sympathien bei einem Teil der regionalistischen Wähler ein. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die PSOE im Vergleich zu den Europawahlen 2019 über 2 Millionen Wählerstimmen verloren hat. Umweltministerin Teresa Ribera, die die sozialistische Spitzenkandidatin war, gilt als aussichtsreiche Kandidatin für einen Posten in der EU-Kommission, insofern die fragile Minderheitsregierung die Zeit bis zum Herbst unbeschadet übersteht, was Ministerpräsident Pedro Sánchez nach öffentlichen Aussagen unter allen Umständen sicherstellen will.

## **Streit in der extremen Linken destabilisiert Minderheitsregierung Sánchez (PSOE) verliert 2 Millionen Stimmen**

Die linksextremen Kräfte - nämlich die Wahlplattform Sumar und die bolivariische Podemos, die die PSOE an der Macht stützen - sind tief zerstritten. In der Folge der Nationalwahlen im Juli 2023 zerstritten sich zuerst Podemos und Sumar, die von der Stv. Regierungspräsidentin und Mitglied der Kommunistischen Partei Spaniens, Yolanda Díaz, angeführt wird. Beide spalteten sich in zwei unterschiedliche Fraktionen im Congreso auf und traten auch zu den Europawahlen getrennt an. Podemos verlor am 9. Juni daraufhin vier ihrer bisher sechs Mandate. Ihre umstrittene Spitzenkandidatin Irene Montero, die mit dem „Sí es Sí“-Gesetz aus dem Jahr 2022 dafür verantwortlich zeichnet, dass bisher über 1.200 Sexualstraftäter in Spanien Strafmilderungen erfuhren oder gar vorzeitig freigelassen werden mussten, was in der Folge viele feministische Wähler abschreckte, kann mit diesem Resultat nicht zufrieden sein. Die als Podemos-Alternative neu gegründete Sumar, die ein Konglomerat verschiedener Kleinparteien des Links-außen-Spektrums abdeckt, konnte diesen Einbruch mit nur drei Mandanten jedoch nicht kompensieren. Nach dem enttäuschenden Abschneiden bei den Europawahlen ist nun auch innerhalb von Sumar ein Machtkampf ausgebrochen. Yolanda Díaz trat aufgrund ihres schlechten Abschneidens und des Konfliktes daraufhin zwar vermeintlich am 11. Juni vom symbolischen Vorsitz der Wahlplattform Sumar und der Partei „Bewegung Sumar“ zurück, bekräftigte jedoch zugleich, dass sie als Stabilitätsanker der Regierung unabdingbar sei, weshalb sie ihre einflussreichen und lukrativen Posten als Arbeitsministerin, Stv. Regierungspräsidentin und „Kontaktperson mit Pedro Sánchez“ beibehalten werde.

## **Nationalkonservative konsolidieren ihre Stellung als dritte Kraft**

Die Nationalkonservativen von Vox wuchsen um zwei auf sechs Mandate. Vox ist Mitglied der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer im Europäischen Parlament und bewertet viele Aspekte des aktuellen politischen Systems der Europäischen Union als fehlgeleitet, so beispielsweise die EU-Klimaschutzpolitik, die laxen Haltung der EU zur illegalen Migration, den fehlenden Schutz der EU-Außengrenzen und den Vorrang des EU-Rechts vor nationalem Recht, weshalb die Partei in Spanien im öffentlichen Diskurs als rechts-außen-stehende Partei bezeichnet wird. Vox fordert jedoch weder einen EU-Austritt Spaniens noch das Ende des Euros, unterhält jedoch sehr gute Kontakte zur Rassemblement National und Fratelli d'Italia. In gewisser Hinsicht kam im Wahlkampf von Vox, wenn auch aus negativer Perspektive, Europa inhaltlich intensiver zur Sprache als das bei den anderen Parteien der Fall war, die sich nur auf nationale Debatten fokussierten. Zwar konsolidierte sich Vox auch auf EU-Ebene als dritte politische Kraft in Spanien, wird jedoch künftig eine weiter rechts-außen-stehende, rechtspopulistische Bewegung im Auge behalten müssen, die erst seit wenigen Monaten für Furore sorgt und die „Die Feier hat ein Ende“ heißt.

## **Die „Mauer“ des Ministerpräsidenten verschärft Polarisierung („Se Acabó la Fiesta“)**

Als Reaktion auf die zunehmende Polarisierung der öffentlichen Meinung in Spanien, die nicht zuletzt auf die „Mauer“ zurückzuführen ist, die Ministerpräsident Sánchez im

November 2023 gegen diejenigen politischen Kräfte zu errichten versprach, die seine „progressive“ Koalition nicht unterstützten und nach Meinung der Regierung als „rechtsextrem“ und „faschistisch“ bezeichnet werden, sowie aufgrund der vielfältigen gerichtlichen Ermittlungen in mehreren Korruptionsfällen, die das direkte familiäre und politische Umfeld des Ministerpräsidenten betreffen, gründete sich zu den Europawahlen eine neue Protestbewegung. Diese wird der Klassifikation des demagogischen Rechtspopulismus uneingeschränkt gerecht.

800.000 frustrierte und enttäuschte Wähler gaben – meist ohne genau zu wissen, worin diese genau besteht, da die Medien sie zu ignorieren bevorzugten – der systemkritischen Bewegung „Die Feier ist vorbei (Se Acabó la Fiesta; SALF)“ des Andalusiers Alwise Pérez unter anderem deshalb auf Anhieb ihre Stimme. Die Bewegung führte keinen klassischen Wahlkampf, besitzt keine Parteistruktur, kein offizielles Wahlprogramm (weshalb die Positionen des Spitzenkandidaten aus Videocasts herausgefiltert werden müssen) und wurde nur durch ihre schrillen Forderungen in den sozialen Medien bekannt. Unter anderem fordert Pérez ein „Großgefängnis, in dem er alle korrupten Politiker einsperren“ möchte. Zudem fordert er ein Ende der spanischen Monarchie, die Einführung von Zwangsarbeit für Kinderschänder und Mörder sowie ein Referendum zur Neubestimmung der Beziehungen Spaniens zur EU.

Die sezessionistischen Linksrepublikaner (Ahora República) aus Katalonien, dem Baskenland und Galizien verlieren zwar knapp 400.000 Stimmen, können damit jedoch aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung trotzdem ihre drei Abgeordneten in Europa verteidigen. Bei den katalanischen Regionalwahlen am 12. Mai verloren sie vor wenigen Wochen erst 12 ihrer vormals 32 Mandate. Überraschenderweise gelang den rechtsgerichteten katalanischen Separatisten von Junts (Carles Puigdemont) dieses Kunststück nicht. Bei den katalanischen Regionalwahlen im Mai wuchs Junts um drei Mandate (von 32 auf 35) und wurde damit zum unangefochtenen Anführer der wiederbelebten Unabhängigkeitsbewegung, verlor nun jedoch zwei ihrer bisher drei Abgeordneten in Europa.

Interessant ist hierbei auch zu sehen, wie der Linkskurs der ursprünglich regionalistischen und traditionell konservativen Partei der Baskischen Nationalisten (PNV) hin zu einer verstärkt sezessionistischen und vermeintlich transversalen Partei, die Pedro Sánchez mit an der Macht hält, deren Rückhalt in der baskischen Wählerschaft immer stärker einbrechen lässt. So überholte die linksextreme separatistische EH Bildu, im Baskenland erstmals mehr Stimmen als die PNV (sorpaso), ein historischer Umstand, der im Zuge der gegenwärtigen Strategie der PNV schon lange absehbar war und für die Zukunft der PNV weitere Herausforderungen erwarten lässt: EH Bildu erhielt im Baskenland am 9. Juni 227.973 Stimmen, während die PNV nur 194.594 Stimmen erzielte.

## Ausblick

Allerdings bedeutet dies noch nicht, dass Alwise Pérez automatisch durch die spanischen Institutionen marschieren können wird. Um die separatistischen Kleinparteien aus dem Baskenland und aus Katalonien zu schützen, von denen er abhängt, hat Ministerpräsident Sánchez die Einführung einer Sperrklausel für die Europawahlen bisher verhindert, weshalb es solche „Ausreißer“ bei Europawahlen in Spanien immer wieder einmal gab. Die fehlende Sperrklausel kam nun in viel stärkerem Maße den Rechtspopulisten zugute als den Separatisten selbst.

Bei innerspanischen Wahlen, bei denen Sperrklauseln bestehen und das d'Hondtsche Wahlgesetz angewandt wird, welches auf nationaler und subnationaler Ebene grob

gespröchen Parteienkonzentrationen bevorzugt, wird SALF es ohne entsprechende Parteistrukturen schwerer haben, sich zu etablieren.

Pedro Sánchez' Minderheitsregierung verliert seit 2023 in der Tendenz bei landesweiten Wahlen bei jedem Urnengang gegenüber der PP mehr Stimmen. Seine fragile Minderheitsregierung hält sich jedoch durch ihre vielfältigen Kollaborationsmöglichkeiten mit regionalistischen und separatistischen Kräfte und seiner Bereitschaft, auch für die PSOE bisher bestehende rote Verhandlungslinien zu überschreiten (siehe Amnestiegesetz, siehe Fiskalpakt mit Katalonien), an der Macht. Am Tag nach den Europawahlen verlautbarte Sánchez, dass er die Legislaturperiode bis 2027 ausschöpfen wolle. Die kommenden drei Jahre stehen in Spanien keine regulären Wahlen mehr an.

Nur vier Tage nach den Wahlen wiederholte Sánchez, dass die spanische Judikative seiner Meinung nach „von der PP entführt worden sei“ und die Volkspartei vermeintlich nicht zu einer Neubesetzung des obersten Verwaltungsorgans der Richter (Generalrat der Judikative) bereit sei, weshalb er der Abgeordnetenkammer eine Reform des Ernennungsmechanismus des Generalrates vorschlagen werde. Das Problem dabei ist, dass die Sozialisten und ihre Kollaborateure nicht über die von der Verfassung vorgesehene qualifizierte 3/5-Mehrheit verfügen, um diese Norm zu ändern. Sánchez zeigt sich jedoch nach jüngsten Aussagen trotzdem entschieden, ein solches Gesetz einzubringen.

Insbesondere aufgrund mehrerer gerichtlicher Korruptionsermittlungen gegen verschiedene (ehemalige) politische Vertraute von Pedro Sánchez sowie gegen dessen Ehefrau und seinen Bruder würde es ein schlechtes Licht auf seine Minderheitsregierung werfen, falls sie das verfassungsrechtlich geschützte Prozedere zur Ernennung der höchsten Richter Spaniens ohne die entsprechenden Mehrheiten ad hoc zu verändern versuchten.

Der Präsident des Generalrats der Judikative Vicente Guilarte erwiderte auf Sánchez' Ankündigung unmittelbar, dass die Regierung nicht über die Kompetenz verfüge, Einfluss auf die Ernennung der höchsten Richterämter in Spanien zu nehmen. Im Verfassungsartikel 122.2 der spanischen Verfassung ist diese Kompetenz des Generalrats explizit geschützt, um die höchsten Richterämter (Tribunal Supremo, Audiencia Nacional, usw.) vor einer direkten Einflussnahme der Regierung zu schützen. Sánchez bräuchte ein 3/5-Mehrheit im Congreso, um diese Norm zu ändern, über die er jedoch nicht verfügt.

## Europawahlen 2024 in Portugal

Die Wahlbeteiligung stieg zwar gegenüber 2019 deutlich an, trotzdem gingen nur ein Drittel aller Berechtigten zur Wahl. Die Aliança Democrática (PSD und CDS-PP), die seit April auf nationaler Ebene eine Minderheitsregierung des Premierministers Luís Montenegro stellt, verlor sehr knapp gegen die Sozialisten von Pedro Nuno Santos. Obwohl er leicht zulegen konnte, gelang es Montenegro folglich nicht, in nur wenigen Wochen seit seinem Amtsantritt merklich zuzulegen. Trotz 300.000 zusätzlicher Stimmen stagnierten PSD und CDS-PP bei sieben Mandaten. Aber auch die Sozialisten verlieren ein Mandat und landen bei acht Sitzen. Damit verloren auch sie in der Wählergunst. Der Stimmtransfer geht zu den neuen Parteien. Es wachsen lediglich die rechtspopulistische Chega und die Liberale Initiative, die beide erstmals ins Europäische Parlament einziehen und jeweils zwei Mandate holen. Chega war vom Ergebnis enttäuscht. Die Tendenz zur Zersplitterung der portugiesischen Parteienlandschaft setzt sich also fort; sowohl die PS als auch die AD sind im Moment weit davon entfernt, für sich genommen stabile Mehrheiten generieren zu können.

Partei	Differenz			Europawahl 2024			Europawahl 2019		
	Mandate	Prozent	Stimmen	Mandate	Prozent	Stimmen	Mandate	Prozent	Stimmen
<b>Partido Socialista</b>	-1	-1,30	+160.460	8	32,08	1.266.788	9	33,38	1.106.328
<b>Aliança Democrática*</b>	+/-0	+2,98	+295.968	7	31,11	1.228.298	7	28,13	932.330
<b>Chega (Basta!)</b>	+2	+8,29	+337.131	2	9,79	386.627	0	1,5	49.496
<b>Iniciativa Liberal</b>	+2	+8,17	+308.765	2	9,07	358.261	0	0,9	29.120
<b>Bloco de Esquerda</b>	-1	-5,56	-157.522	1	4,26	168.011	2	9,82	325.533
<b>Coligação Democrática Unitária</b>	-1	-2,76	-65.425	1	4,12	162.731	2	6,88	228.156
<b>Pessoas – Animais – Natureza</b>	-1	-3,86	-120.532	0	1,22	47.969	1	5,08	168.501
<b>Beteiligung</b>	-	+5,53	+634.051	21	36,54	3.948.465	21	31,01	3.314.414

\*2019 traten die beiden EVP-Mitgliedsparteien Partido Social Demócrata (PSD) und Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP) nicht in der Aliança Democrática miteinander, sondern getrennt voneinander an. Daher wurden beide Ergebnisse von PSD und CDS-PP aus dem Jahr 2019 zum Vergleich aufsummiert.

## Niedrige Wahlbeteiligung trotz hoher Zustimmung zu Europa

Eine pro-europäische Haltung ist in Portugal sehr weit verbreitet. Während im EU-Durchschnitt 49% der Befragten (siehe Eurobarometer, Mai 2024) den Institutionen der Europäischen Union Vertrauen schenken, steigt dieser Wert in Portugal auf 68%. Die Wahlbeteiligung zur Europawahl ist jedoch trotzdem – oder vielleicht gerade deshalb – traditionell in Portugal sehr niedrig. So ist es bereits als „Erfolg“ zu feiern, dass dieses Jahr

36,54% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. 2019 waren es nur 31,01% und 2014 ebenfalls nur 33,84%.

Das letzte Eurobarometer vor den Wahlen zeigte auch, dass die Besorgnisse der portugiesischen Bevölkerung teilweise andere waren als diejenigen, die im EU-Durchschnitt am häufigsten genannt wurden. Während steigende Lebenshaltungskosten (Portugal: 45%; EU: 38%) und die generell (sich verschlechternde) wirtschaftliche Lage (Portugal: 15%; EU: 18%) ein Thema war, besaßen die Probleme im öffentlichen Gesundheitssystem Portugals (Portugal: 41%; EU: 14%) und der fehlende Wohnraum (Portugal: 31%; EU: 12%) wie schon zu den Parlamentswahlen im März 2024 weiterhin eine hervorgehobene Stellung. Die europäische Umwelt- und Klimapolitik besitzt demnach in der portugiesischen Bevölkerung im gesamten politischen Spektrum einen untergeordneten Stellenwert.

## Sozialisten bleiben stärkste Kraft – mit Verlusten

Obwohl sie weiter in der Wählergunst verlieren, gewann die Spitzenkandidatin der Sozialisten, Marta Temido, die von 2018 bis 2022 portugiesische Gesundheitsministerin war, mit acht Mandaten die Europawahlen. Obwohl die Sozialisten damit ein Mandat und 160.000 Stimmen verloren, feierte der neue Generalsekretär der Sozialisten, Pedro Nuno Santos, das Ergebnis mit den Worten: „Die Sozialisten sind die stärkste politische Kraft in Portugal“. Seit der sozialistische Ministerpräsident António Costa (PS) am 7. November 2023 aufgrund von Korruptionsermittlungen zurücktrat, haben sich die Vorwürfe gegen ihn nicht erhärtet, diese laufen jedoch noch gegen Vertraute seines Umfelds. Das Costa bisher unbelastet aus den Vorfällen hervorging, machte es seinem Nachfolger, dem jungen Sympathieträger in der portugiesischen Linken, Pedro Nuno Santos, leichter, einen weiteren Einbruch der Sozialisten zu verhindern. Zwar ist die PS im Moment weit von einer absoluten Mehrheit entfernt, kann sich jedoch bei 32% halten.

Allerdings folgt ihm die zweitplatzierte Aliança Democrática (AD) mit einer Differenz von lediglich 40.000 Stimmen, was den Sieg und die vermeintliche „Kraft“ relativieren. Der erst 28-jährige Spitzenkandidat und Journalist Sebastião Bugalho erzielte somit ein beachtliches Ergebnis und gratulierte zwar Temido „mit demokratischer Demut“ zum ersten Platz, fügte aber an, dass die Verluste der Sozialisten und das Stimmenwachstum „für die AD kein Tag der Niederlage sind“. Nichtsdestotrotz gelingt es dem Ministerpräsidenten der AD, Luís Montenegro bisher nicht, aus seinem Amt merklich Kapital zu schlagen. Trotz einem positiven Zuwachs von 300.000 Stimmen stagnierten PSD und CDS zusammen bei 7 Mandaten. Allerdings sind die Probleme, die die Minderheitsregierung von Luís Montenegro angehen muss, also die Wohnungsknappheit, den Verfall des öffentlichen Gesundheitssystems und des Bildungssystems sowie das niedrige Pro-Kopf-Einkommen, äußerst komplexe und langfristige Projekte, so dass er seit seiner Amtseinstellung im April 2024 kaum Zeit hatte, sich auf diesen Politikfeldern zu profilieren.

Trotz der gestiegenen Wahlbeteiligung verliert die Linke insgesamt deutlich. Zwar kann sich die PS durch Pedro Nuno Santos Beliebtheit innerhalb der Linken relativ stabil halten, jedoch nur um den Preis, dafür viele Wähler des Linken Blocks (BE) und der Kommunisten (CDU) absorbiert zu haben. Dafür erstarken der Aliança Democrática gegenüber gleich zwei Konkurrenten: im rechtspopulistischen Spektrum wächst die „Basta-Partei“ Chega (zwei Mandate) in den Wählerschichten, denen die PSD nicht konservativ genug ist, und den klassischen Liberalen der Iniciativa Liberal (zwei Mandate), die vor allem unter jungen Menschen großen Anklang findet, und denen die AD nicht liberal genug ist.

Zu Beginn des Wahlkampfes wurden zwar sporadisch europäische und internationale Themen behandelt, allen voran die portugiesische Haltung zur russischen Invasion in der Ukraine und der damit einhergehenden Verteidigungspolitik Portugals sowie die



Perspektiven einer möglichen EU-Erweiterung. Doch dann dominierten nationale Themen - wie in vielen anderen EU-Staaten auch, allen voran in Spanien. Dass es für Montenegro in den kommenden Monaten alles andere als einfach werden wird, seine Minderheitsregierung zu halten, geschweige denn, die PS davon zu überzeugen, seinem Haushaltsentwurf zuzustimmen, zeigte sich an einem Signal, das die Sozialisten der Regierung nur wenige Tage vor der Europawahl in der Assembleia sendeten: So brachten die Sozialisten kurz vor den Europawahlen einen Antrag zur Einkommenssteuersenkung ins nationale Parlament ein, der tatsächlich mit einer negativen Koalition gegen die Regierung zustande kommt, indem die Sozialisten und die Liberalen diesem zustimmen und sich die rechtspopulistische Chega enthielt.

## Ausblick

Eine Zusammenarbeit mit Chega hat Ministerpräsident Luís Montenegro seit dem Wahlkampf im März 2024 aufgrund der rechtspopulistischen Haltung Chegas kategorisch und langfristig ausgeschlossen (die Aliança, die Liberalen und Chega zusammen verfügten theoretisch über eine breite absolute Mehrheit im Parlament von 135 Mandaten). Er versucht daher alles, um die Sozialisten dazu zu gewinnen, im Oktober seinen Haushaltsentwurf zu unterstützen. Dafür bot er bereits an, eine Kandidatur des ehemaligen portugiesischen Premiers António Costa (Partido Socialista) für das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates zu unterstützen. Doch Pedro Nuno Santos von der PS lehnt diesen Deal bisher als „Erpressungsversuch“ ab und bringt lieber eigene Gesetze mit Enthaltung der Rechtspopulisten durch das Parlament. Die Tendenz zur Zersplitterung der portugiesischen Parteienlandschaft setzt sich also fort, weder die PS noch die PSD können im Moment stabile Mehrheiten generieren. Die AD wirft den Sozialisten mangelnde Unterstützung vor, und die Sozialisten werfen der Regierung vor, mangelndes Gehör zu finden.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

Dr. Ludger Gruber  
Auslandsmitarbeiter  
Auslandsbüro Spanien und Portugal  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

[ludger.gruber@kas.de](mailto:ludger.gruber@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)